

Health & Consumer Voice

Dezember 2005

IN DIESER AUSGABE

EU lanciert Debatte zur Bekämpfung der Fettleibigkeit _____ 1

Die Europäische Kommission hat ein Grünbuch zur Förderung gesunder Ernährung und körperlicher Bewegung herausgegeben. Damit will sie eine öffentliche Konsultation zu der Frage anstoßen, wie man der Verbreitung von Fettleibigkeit (Adipositas) und damit zusammenhängenden chronischen Krankheiten in der EU entgegenwirken kann.

Welt-AIDS-Tag: EU Maßnahmen zur Abwehr einer nach wie vor bedrohlichen Seuche _____ 2

Angesichts des Welt-AIDS-Tages am 1. Dezember warnte der für Gesundheit und Verbraucherschutz zuständige Kommissar Markos Kyprianou vor einer weiteren Ausbreitung des tödlichen HIV/Aids-Virus in Europa, das vor allem junge Menschen in der EU und deren Nachbarstaaten bedroht.

Die Europäische Lebensmittelbehörde bestätigt: „Keine Gesundheitsbedrohung durch ITX in Säuglingsmilch“ _____ 2

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) erklärte am 24. November, dass die in Säuglingsmilch vorgefundene chemische Substanz Isopropylthioxanthon (ITX) keinen Anlass für Gesundheitsbedenken gebe.

Öffentliche Konsultation: Infektionen, die im Zusammenhang mit medizinischer Behandlung übertragen werden („nosokomiale Infektionen“) _____ 2

EU Bereitschaftsplanung für eine Grippepandemie und andere Gesundheitsbedrohungen _____ 3

Die Europäische Kommission hat im November zwei Mitteilungen zur Vorbereitung auf eine mögliche Grippepandemie sowie auf größere grenzübergreifende Krisenfälle im Gesundheitsbereich (wie SARS und Bioterrorismus) angenommen.

Tierschutz: EU und Chile gehen gemeinsam vor _____ 3

Wissenschaftliche Studie belegt Erfolg der Anti-Tabak-Kampagne _____ 4

Am 1. Januar treten neue Vorschriften für Lebensmittel und Futtermittel in Kraft _____ 4

EU Jahreskonferenz mit Verbraucherverbänden _____ 4

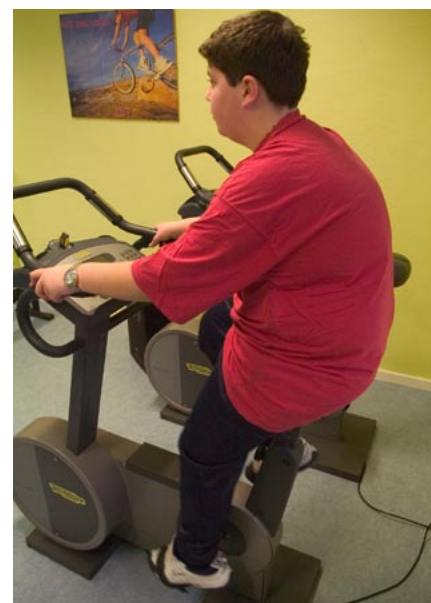
EU lanciert Debatte zur Bekämpfung der Fettleibigkeit

Die Europäische Kommission hat ein Grünbuch zur Förderung gesunder Ernährung und körperlicher Bewegung herausgegeben. Damit will sie eine öffentliche Konsultation zu der Frage anstoßen, wie man der Verbreitung von Fettleibigkeit (Adipositas) und damit zusammenhängenden chronischen Krankheiten in der EU entgegenwirken kann.

Die Fettleibigkeit greift in alarmierender Weise um sich: etwa 27 Prozent der Männer und 38 Prozent der Frauen gelten derzeit in einigen Teilen der EU als fettleibig. Auch die Zahl der übergewichtigen Kinder nimmt rasch zu, gegenwärtig um 400 000 pro Jahr. Adipositas ist ein Risikofaktor für viele schwere Krankheiten, darunter Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Typ-II-Diabetes, Bluthochdruck, Schlaganfall und bestimmte Krebsarten.

Das Grünbuch bildet die Grundlage für eine ausführliche Konsultation mit den EU Institutionen, den Mitgliedstaaten und der Zivilgesellschaft, bei der Ideen und Informationen gesammelt werden sollen, wie man das Problem durch die Ergänzung, Unterstützung und Koordination der nationalen Maßnahmen in den Griff bekommen kann.

In dem Grünbuch wird unter anderem die Frage aufgeworfen, wie die Förderung gesünder Lebensweisen wirksam in andere EU Politikbereiche integriert werden kann und welchen Beitrag das neue Aktionsprogramm



© Europäische Gemeinschaft, 2005

der Gemeinschaft für Gesundheit und Verbraucherschutz sowie die Selbstregulierung der Lebensmittel- und Werbebranche leisten können.

Außerdem wird geprüft, welche Rolle das Gesundheitswesen bei der Förderung von besserer Ernährung und mehr körperlicher Bewegung spielen könnte, wie sich die Forschung stärker auf das Problem ausrichten ließe und welche Anpassungsmöglichkeiten bei der Stadt- und Verkehrsplanung bestehen, um körperliche Aktivitäten leichter und sicherer zu gestalten.

Die öffentliche Konsultation läuft noch bis zum 15. März 2006. Im Juni wird ein Bericht mit einer Zusammenfassung der Beiträge auf der Internetsite der Kommission veröffentlicht.

Weitere Informationen:

http://europa.eu.int/comm/health/ph_determinants/life_style/nutrition/nutrition_de.htm



Welt-AIDS-Tag: EU Maßnahmen zur Abwehr einer nach wie vor bedrohlichen Seuche

Angesichts des Welt-AIDS-Tages am 1. Dezember warnte der für Gesundheit und Verbraucherschutz zuständige Kommissar Markos Kyprianou vor einer weiteren Ausbreitung des tödlichen HIV-Virus in Europa, das vor allem junge Menschen in der EU und deren Nachbarstaaten bedroht.

Kürzlich veröffentlichte Daten des von der EU finanzierten „Euro-HIV“-Netzes zeigen, dass die Zahl der HIV-Neuinfizierten stetig steigt. In den 20 EU Mitgliedstaaten, aus denen Daten über die letzten vier Jahre vorliegen, nahm die Gesamtzahl der gemeldeten HIV-Neudiagnosen um 23 % zu. Den höchsten Anstieg verzeichnete das Vereinigte Königreich mit 69 %. Im Jahr 2004 wurden in der gesamten WHO-Region Europa knapp 72 000 Fälle gemeldet. Laut neuen Schätzungen von UNAIDS leben in der Region Europa 2,3 Mio. Menschen mit HIV und Aids.



© National Aids Trust

„Wir müssen den jungen Menschen in Erinnerung rufen, welche Risiken mit dieser Seuche verbunden sind, und dass es sich immer noch um eine sehr reale und wachsende Bedrohung handelt“, sagte Markos Kyprianou.

Um die Ausbreitung der Seuche in Europa und den Nachbarländern einzudämmen, hat die Kommission am 15. Dezember eine Mitteilung angenommen, die konkrete Schritte zur Bekämpfung von HIV für 2006-2009 darlegt.

Das Hauptinteresse der Mitteilung gilt zentralen Fragen wie z. B. der Einbeziehung der Zivilgesellschaft. Die Förderung des Dialogs mit Patienten, nichtstaatlichen Organisationen und dem privaten Sektor ist von entscheidender Bedeutung, um HIV/Aids-Strategien zum Erfolg zu verhelfen. Darüber hinaus muss mehr Gewicht auf die Prävention gelegt werden: Die Prävention muss wieder in den Vordergrund gerückt werden, insbesondere bei Hochrisikogruppen und jungen Menschen. Die Mitteilung beschäftigt sich auch mit Fragen der Überwachung, Behandlung und Forschung und präsentiert einen Aktionsplan mit Projekten für den Zeitraum 2006-2009.

Weitere Informationen:

http://europa.eu.int/comm/health/ph_threats/com/aids/aids_en.htm

EFSA bestätigt: „Keine Gesundheitsbedrohung durch ITX in Säuglingsmilch“

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) erklärte am 24. November, dass die in Säuglingsmilch vorgefundene chemische Substanz Isopropylthioxanthon (ITX) keinen Anlass für Gesundheitsbedenken gebe.

„ITX ist in Nahrungsmitteln zwar unerwünscht, doch gibt es grundsätzlich keinen Hinweis darauf, dass ITX in den nachgewiesenen Mengen gesundheitsschädlich ist“, so das Ergebnis der Lebensmittelbehörde. Die EFSA will ihr abschließendes Gutachten bis spätestens März 2006 veröffentlichen.

Im September 2005 hatten die italienischen Behörden die Europäische Kommission mithilfe des Schnellwarnsystems für Lebens- und Futtermittel (RASFF) darüber informiert, dass die chemische Substanz Isopropylthioxanthon (ITX) in Säuglingsmilch nachgewiesen worden war. Der Schadstoff stammte von Druckfarbstoffen für Tetra-Verpackungen.

Infolge des Warnhinweises führten die betroffenen Unternehmen eine eigene Risikobewertung durch, bei der sich ergab,



© Eureka Slide

dass das in der Milch vorhandene ITX kein Gesundheitsrisiko darstellt. Dennoch beschloss eines der Unternehmen, das Verpackungsmaterial für alle von ihm vermarkteten Säuglingsmilchprodukte ab Ende September 2005 und für andere betroffene Produkte bis zum Jahresende zu ersetzen.

Die Kommission hat den toxikologischen Bericht der Unternehmen zur Stellungnahme an die EFSA weitergeleitet und erinnerte bei dieser Gelegenheit daran, dass die Lebensmittelunternehmer in erster Linie selbst dafür verantwortlich sind, die Sicherheit der von ihnen in Verkehr gebrachten Lebensmittel zu gewährleisten.

Weitere Informationen:

http://europa.eu.int/comm/food/food/chemicalsafety/foodcontact/emerging_en.htm

Öffentliche Konsultation:

Infektionen, die im Zusammenhang mit medizinischer Behandlung übertragen werden („nosokomiale Infektionen“)

Die Europäische Kommission hat eine Online-Konsultation zum Thema „Verbesserung der Sicherheit der Patienten durch die Vorbeugung und Kontrolle von Infektionen im Zusammenhang mit der Behandlung“ eingeleitet.

Das zugrunde liegende Diskussionspapier befasst sich mit dem Problem der im Rahmen von medizinischen Behandlungen erworbenen Infektionen, die schätzungsweise 1 von 10 Patienten betreffen und zu einer Zunahme von Sterblichkeit, Krankheiten und Kosten führen. Dabei wird untersucht, was zur Eindämmung dieser Infektionen auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten getan werden kann.

Die öffentliche Konsultation dauert bis zum 20. Januar 2006. Bitte schicken Sie Ihre Kommentare an:

SANCO-HCAI-consultation@cec.eu.int

EU Bereitschaftsplanung für eine Grippepandemie und andere Gesundheitsbedrohungen

Die Europäische Kommission hat im November zwei Mitteilungen zur Vorbereitung auf eine mögliche Grippepandemie sowie auf größere grenzübergreifende Krisenfälle im Gesundheitsbereich (wie SARS und Bioterrorismus) angenommen.

Die erste Mitteilung zur Bereitschaftsplanung für allgemeine Gesundheitsbedrohungen unterstreicht die Bedeutung der Vorbereitung auf alle Arten von Krisenfällen im Gesundheitsbereich. Sie soll die Mitgliedstaaten dabei unterstützen, allgemeine Bereitschaftspläne auszuarbeiten und bestehende Seuchenbekämpfungsstrategien erforderlichenfalls zu verbessern.

Die zweite Mitteilung zur EU weiten Abwehr einer Grippepandemie bringt den Krisenplan vom März 2004 angesichts bedeutender Entwicklungen – überarbeitete WHO-Definition der Pandemiephasen und Eröffnung des Europäischen Zentrums für Seuchenbekämpfung und prävention (ECDC) – auf den neuesten Stand. Die Mitteilung legt einen Vorschlag für die Reaktion der EU auf jede einzelne Phase der von der Weltgesundheitsorganisation definierten Grippepandemie vor und stellt die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten, der Kommission und anderer EU Einrichtungen bei einer solchen Pandemie klar.



Einer der Hauptaspekte beider Mitteilungen ist die Notwendigkeit, die Notfallplanung über den Gesundheitsbereich hinaus auf Zivilschutz, Verkehr, Kommunikation, Notdienste, Investitionen in Labors und auf internationale Beziehungen auszuweiten.

Die Kommission, die Mitgliedstaaten und die anderen EU Einrichtungen hatten am 23./24. November Gelegenheit, ihre nationalen Pläne im Rahmen einer europaweiten Simulation einer Grippepandemie zu testen. Zweck der Übung war die Erprobung von Kommunikationswegen, Informationsaustausch und Koordination zwischen den Mitgliedstaaten, EU Stellen und internationalen Organisationen für den Fall einer gesundheitlichen Krisensituation.

Weitere Informationen:
http://europa.eu.int/comm/dgs/health_consumer/dyna/influenza/index.cfm

Tierschutz: EU und Chile gehen gemeinsam vor

Im Rahmen des zwischen der EU und Chile geschlossenen Abkommens über gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen („SPS-Abkommen“) ist am 17./18. November der Gemischte Verwaltungsausschuss zusammengetreten. Bei dieser Gelegenheit haben die Europäische Kommission und Chile ein Aktionsprogramm zugunsten gemeinsam vereinbarter Tierschutzstandards verabschiedet, das unter anderem die Förderung von Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen umfasst.

Das SPS-Abkommen ist im Februar 2003 in Kraft getreten und betrifft Maßnahmen im Handel mit Tieren, tierischen Erzeugnissen, Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnissen sowie über den Tierschutz. Dieses Abkommen war das erste bilaterale Abkommen mit einem Drittland, das den Tierschutz in seinen Geltungsbereich einschließt.

Weitere Informationen:
http://europa.eu.int/comm/food/international/trade/agreements_en.htm

Vogelgrippe: EU beschließt Anpassung der Einfuhrverbote und Biosicherheitsmaßnahmen

Die im Ständigen Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit vertretenen Mitgliedstaaten haben diesen Monat eine Reihe von Kommissionsentscheidungen über Beschränkungen der Geflügelimporte aus der Türkei, aus Kroatien, Rumänien und Russland gebilligt. Dies geschah im Rahmen der fortlaufenden Überprüfung der EU Maßnahmen zur Abwehr der Vogelgrippe.

So wurde vereinbart, das geltende Verbot der Einfuhr von Geflügel und Federn aus der Türkei und Kroatien regional zu beschränken, so dass es nur für diejenigen Gebiete gilt, die bereits von der Vogelgrippe betroffen waren.

Für Rumänien gilt das Verbot der Einfuhr von lebendem Geflügel weiter für das gesamte Land; Geflügelfleisch und Geflügelerzeugnisse dürfen jedoch künftig wieder aus einzelnen Regionen eingeführt werden. Für Russland wurde beschlossen, die bestehenden Maßnahmen für die betroffenen Gebiete zu verlängern.

Der Ständige Ausschuss befürwortete auch einen Vorschlag der Kommission, die geltenden Biosicherheitsmaßnahmen, mit denen der Tierbestand in der Gemeinschaft vor der Vogelgrippe geschützt werden soll, bis zum 31. Mai 2006 zu verlängern.

Diese Maßnahmen umfassen Vorschriften zum Verbot der Freilandhaltung sowie von Geflügelmärkten, Vogelschauen, Vogelausstellungen und ähnlichen Veranstaltungen, die nur noch mit Sondergenehmigung der nationalen Behörden und nach einer die Unbedenklichkeit bescheinigenden Risikobewertung abgehalten werden dürfen.

Kommission bewilligt 185 Mio. € zur Bekämpfung von Tierseuchen

Die Europäische Kommission hat ein Finanzpaket von 185 Mio. € für Programme zur Tilgung, Bekämpfung und Überwachung von Tierseuchen bewilligt. Die 129 Programme, deren Förderung durch die EU genehmigt wurde, befassen sich mit Tierseuchen wie z. B. Salmonellose, Traberkrankheit, Tollwut und BSE.

EU Kommissar Kyprianou besucht Gemeinschaftliches Sortenamnt

Am 6. Dezember stattete Markos Kyprianou, der für Gesundheit und Verbraucherschutz zuständige EU Kommissar, seinen ersten Besuch bei dem in Angers (Frankreich) angesiedelten Gemeinschaftlichen Sortenamnt ab.

Anlässlich seines Besuchs traf der Kommissar auch mit Mitarbeitern der französischen Lokalbehörden und Vertretern von Pflanzenzuchtverbänden zusammen.

Weitere Informationen: <http://www.cpvo.eu.int/>

Wissenschaftliche Studie belegt Erfolg der Anti-Tabak-Kampagne

Die Kommission hat die Ergebnisse einer Untersuchung ihrer im Jahr 2005 eingeleiteten Kampagne „HELP – Für ein rauchfreies Leben“ veröffentlicht. Die Ergebnisse beruhen auf dem Feedback von über 25 000 EU Bürgern, die zu den Anti-Tabak-Werbespots befragt wurden, welche im Juni und September in allen Mitgliedstaaten im Fernsehen ausgestrahlt wurden. Über die Hälfte der jungen Menschen (unter 25 Jahren) hatte die Werbespots gesehen und die überwiegende Mehrheit von ihnen (83 %) äußerte sich positiv. Die Ergebnisse zeigen, dass die zugrunde liegenden Botschaften gut aufgenommen wurden (88 %): zwei Drittel der jungen

Nichtraucher erklärten, dass die Spots sie davon abhalten könnten, mit dem Rauchen anzufangen; 61 % der Raucher sagten, die Werbung habe sie veranlasst, über ihre Rauchgewohnheit nachzudenken, und 64 % antworteten, sie wären sich der Folgen für ihre nichtrauchende Umgebung bewusst geworden.

Die Kommission wird Anfang 2006 neue Spots mit Anti-Tabak-Werbung ins Fernsehen bringen.

Weitere Informationen:

http://europa.eu.int/comm/health/ph_determinants/life_style/Tobacco/help/docs/post_test_help_en.pdf

Am 1. Januar treten neue Vorschriften für Lebens- und Futtermittel in Kraft

Der 1. Januar 2006 stellt einen Meilenstein für die Lebensmittelsicherheit in der EU dar: An diesem Tag tritt ein ganzer Satz aktualisierter Lebens- und Futtermittelvorschriften in Kraft, und zwar das „Lebensmittelhygienepaket“, die Verordnung über mikrobiologische Kriterien für Lebensmittel, die Verordnung über amtliche Lebens- und Futtermittelkontrollen und die Verordnung über Futtermittelhygiene. Mit diesen sich gegenseitig ergänzenden Vorschriften soll das EU Lebensmittelrecht gestrafft und harmonisiert werden. Im Einklang mit dem EU Konzept „vom Erzeuger zum Verbraucher“ wird jeder

einzelne Punkt der Lebensmittelkette erfasst. Ein zentraler Aspekt der neuen Vorschriften besteht darin, dass sämtliche Lebens- und Futtermittelunternehmer – vom landwirtschaftlichen/verarbeitenden Betrieb bis hin zum Einzelhandel/Hotel- und Gaststättengewerbe – in erster Linie selbst dafür verantwortlich sind, dass die von ihnen vermarkteten Produkte den vorgeschriebenen Sicherheitsstandards entsprechen.

Weitere Informationen:

http://europa.eu.int/comm/food/food/index_de.htm

EU Jahreskonferenz mit Verbraucherverbänden

Über 350 Verbraucher-Lobbyisten aus ganz Europa nahmen an der „Generalversammlung der Verbraucherorganisationen“ am 5./6. Dezember in Brüssel teil.

Bei der von der Europäischen Kommission organisierten Versammlung ging es unter anderem um Themen wie Verbraucherbildung, Einbindung der Ver-

braucherorganisationen in die von der Kommission initiierte bessere Rechtsetzung, Patientenrechte und gemeinwohlorientierte Leistungen.

Weitere Informationen:

http://europa.eu.int/comm/consumers/cons_org/assembly/assembly_en.htm

Patientensicherheit: Gesundheitsexperten diskutieren über Verbesserungsmöglichkeiten in der EU

Am 28.-30. November wurde von der britischen Präsidentschaft mit Unterstützung der Kommission ein Gipfeltreffen zum Thema „Patientensicherheit“ organisiert.

Es ging darum, die Mitgliedstaaten für ein stärkeres Engagement zugunsten der Patientensicherheit zu gewinnen und die diesbezüglichen Arbeiten zwischen der EU, der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und anderen Schlüsselakteuren zu harmonisieren. Die Konferenz verdeutlichte aktuelle Herausforderungen und den entsprechenden Handlungsbedarf. Neueste Forschungsarbeiten wurden analysiert und von hochrangigen Fachleuten erläutert.

Weitere Informationen: <http://www2.regteam.com/patient-safetysummit/>

Soziale Verantwortung der Unternehmen zur Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit aufstrebender Volkswirtschaften

Einem Bericht des internationalen Think-Tanks „AccountAbility“ zufolge kann eine verantwortungsvolle Unternehmensführung sowohl für die Volkswirtschaften der Entwicklungs- und Schwellenländer als auch für die global operierenden Unternehmen Vorteile erbringen.

Der Bericht mit dem Titel „Responsible Competitiveness: Reshaping Global Markets Through Responsible Business Practices“ (Verantwortung im Wettbewerb: Die globalen Märkte durch verantwortungsvolle Unternehmensführung umgestalten) wurde auf dem „UN Global Compact Summit“ vorgestellt. Mitgestgeber des Gipfels, der vom 30. November bis 1. Dezember in Shanghai stattfand, war die chinesische Regierung



Wir wünschen all unseren Leserinnen und Lesern ein Glückliches Neues Jahr!

Die in *Health & Consumer Voice* vertretenen Meinungen geben nicht notwendigerweise die Standpunkte der Europäischen Kommission wieder. Die Wiedergabe von Beiträgen ist – ausgenommen zu gewerblichen Zwecken – unter Angabe der Quelle gestattet.

E-Mail: sanco-newsletter@cec.eu.int

Koordination: Marie-Paule Benassi

Redaktion: Iwona Pajak, Emer Traynor, Fabio Fabbi in Zusammenarbeit mit der GD Gesundheit und Verbraucherschutz der Europäischen Kommission.

Layout: Deborah MacRate-Ockerman, Stéphanie Bocca

Website:

http://europa.eu.int/comm/dgs/health_consumer/index_de.htm

